



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

auch auf die jetzt brennende Frage der Trennung von Kirche und Staat einiges Licht dabei fallen. Ganz ohne in dieser Sache nämlich mit dem Gefühl Stellung zu nehmen, läßt sich bereits sagen, daß das ganze Problem unpsychologisch gestellt ist, daß es überhaupt gar nicht möglich ist, diese Trennung durchzuführen, daß vielmehr überall, wo es Religion gegeben hat, sie auch in der Politik mitzureden gestrebt hat. Weist man sie aber gewaltsam hinaus wie in Frankreich, oder billigt man ihr offiziell keine Stimme zu wie in Amerika, so schlecht sie sich entweder durch Seitentüren wieder ein, was ebenfalls in Frankreich zu beobachten ist, oder sie spricht unter allerlei Masken mit. Seien wir uns doch klar darüber, daß in kaum einem Lande der Welt die Religion so mitbestimmend ist in der Politik wie gerade in Amerika, wo sie offiziell völlig getrennt ist vom Staate. Gerade von unserm nur beobachtenden Standpunkt aus läßt sich ja erkennen, daß eine gewaltsame Scheidung von Staat und Kirche vielleicht das Gegenteil erzielen würde von dem, was diejenigen erhoffen, die sie durchführen würden. Die Trennung von Staat und Kirche und damit auch von Politik und Religion überhaupt wird trotzdem vermutlich eine der ersten Taten der neuen Regierung sein. Sie wird sich nicht aufhalten lassen und gewiß geben manche unerfreuliche Nebenerscheinungen jener Verquickung ihnen scheinbar allen Grund zu diesem Vorgehen. Vielleicht aber ist es doch nicht ganz überflüssig, dabei auszusprechen, daß diese radikale Trennung der beiden Mächte weder so natürlich, noch so historisch gerechtfertigt noch so leicht ausführbar, noch so berechenbar und empfehlenswert in den Konsequenzen ist, wie die meisten Auser im Streit heute meinen.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Die Sozialdemokratie und die deutschen Volksräte.** Die deutschen Volksräte in Westpreußen haben sich als Faktor im politischen und kulturellen Leben unserer Heimatprovinz erwiesen, dessen Wichtigkeit inzwischen wohl allgemein erkannt worden ist. Das einigende Band zwischen allen Parteien ist ja das Bewußtsein, daß wir alle Deutsche sind, wie verschieden auch das nationale Gefühl zum Ausdruck kommen mag, und der einmütige Wille, auch deutsch zu bleiben. Innerhalb der sogenannten „bürgerlichen“ Parteien gab es auch keinen parteipolitischen Gegensatz, der stark genug wäre, daß er ein enges Zusammenarbeiten in einem deutschen Volksrate hätte unmöglich machen können. Von sozialdemokratischer Seite indessen wurde bezw. wird ein Zusammenarbeiten mit den „Bürgerlichen“ gegenüber eine Zurückhaltung geübt, die auf die Dauer entweder die Bestrebungen der Volksräte als einseitig erscheinen lassen oder die Bestimmung der Sozialdemokratie, der stärksten Reichspartei, als nicht national genug kennzeichnen mußte. Jedenfalls stellt

sie einen Gegensatz zwischen „bürgerlicher“ und sozialdemokratischer Beurteilung und Behandlung des Polenproblems dar.

Dieser Gegensatz ist eine Konstruktion. Tatsächlich ist er nicht in dem Maße vorhanden, wie es den Anschein hat. Die Mehrheitssozialdemokratie empfindet — das kommt in Weimar oft genug zum Ausdruck — national. Der Arbeiter will ebensowenig seine völkischen Interessen preisgeben, wie der „Bürgerliche“. Nur stellt das Programm der Sozialdemokratie die proletarischen Interessen über die völkischen und muß insofern dessen seine Anhänger einer Arbeitsgemeinschaft gegenüber zurückhaltend machen, die mit Parteiinteressen nichts zu tun hat. Diese aus den Richtlinien der Sozialdemokratie verständliche Zurückhaltung wird ergänzt durch ein Mißtrauen allen Persönlichkeiten und Organisationen gegenüber, die die bisherige, verunglückte Polenpolitik geleitet und ausgeübt haben. Dieses Mißtrauen ist um so begreiflicher, als die Sozialdemokratie mit ihren Zielen, die Mächte des internationalen

Proletariats zu beseitigen, in Konflikt zu kommen scheint, sobald sie sich einer Arbeitsgemeinschaft anschließt, die nur völkische Ziele durchsetzen muß. Andererseits ist sie es aber zunächst den Proletariern ihres eigenen Landes schuldig, deren Nöte zu beseitigen, und sich zu fragen, ob gegenwärtig die Zeit ist, die internationalen Ziele auf Kosten der Existenz als Genossen eines großen Volkes zu verfolgen.

Ohne diese, dem parteipolitischen Programm entsprechende Konstruktion wird der scheinbare Gegensatz zwischen „bürgerlicher“ und sozialdemokratischer Stellungnahme zur Polenfrage inhaltlos. Es handelt sich um eine Lebensfrage für beide. Und angesichts der Entwicklung Polens zu einem Staat, der durchaus imperialistisch und gemessen an der gegenwärtigen Form unseres Staatskörpers reaktionär ist, bedeutet es für die Ziele der Sozialdemokratie eine Gefahr, wenn sie den Gefahren, die ihr von polnischer Seite drohen, nicht entgegentritt. Wir alle, „Bürgerliche“ wie Sozialisten, haben dasselbe Interesse, was unsere nationale Zugehörigkeit anbelangt, und gerade für die Arbeiterschaft, deren Ideale erst noch verwirklicht werden müssen, sind jetzt völkische und proletarische Interessen dasselbe.

Ich erblicke in den deutschen Volksräten die Organisation, die als Ausdruck des Volkswillens den polnischen Ansprüchen gegenüber gewertet werden muß und am wirksamsten in Erscheinung treten kann. Die Volksräte müssen in engerer Fühlung mit allen Schichten und allen Berufsclassen unserer deutschen Bevölkerung stehen. Unter der Führung der Mehrheitssozialdemokratie entwickelt sich unser Staatswesen zu einer Volksgemeinschaft, bei der der Unterschied zwischen „Bürgerlichen“ und „Sozialdemokraten“ auch nur eine einseitige Konstruktion ist. Wir sind alle Bürger dieser Volksgemeinschaft und wir alle müssen ihre elementarsten Lebensinteressen stützen. In den deutschen Volksräten werden also alle parteipolitischen Gesichtspunkte auf das Ursprüngliche zurückgestellt werden müssen: auf unser Deutschtum, das alles überbrücken sollte, was gegenwärtig Zwiespalt und Ohnmacht bedeutet. Einer muß dem anderen vertrauen und helfen. Wir müssen und werden in diesen Arbeitsgemeinschaften dahin kommen, daß der Arbeiter mit dem Grafen an demselben Tische sitzt und beide ratschlagen, wie sie deutsch bleiben, und beide handeln gemeinsam. Guter Wille von beiden Seiten, dann wird die Lösung so möglich, wie sie notwendig ist. Robert Heinz Heygrodt

## Neue Bücher

**Zur europäischen Politik 1897—1914.** Unveröffentlichte Dokumente. Im amtlichen Auftrage herausgegeben unter Leitung von Bernhard Schwertfeger. Reimar Hobbing Verlag, Berlin 1919. Band 1 und 2.

Wenn irgend eine Maßregel des törichterweise ermordeten bayerischen Ministerpräsidenten Schaden angerichtet hat, so ist es seine Veröffentlichung über die Schuldfrage am Kriege gewesen. Eisner mag dabei die allerbeste Absicht gehabt haben, seiner Intelligenz und politischen Einsicht hat er damit, abgesehen davon, daß es immer ein Fehler ist, der Regierung des eigenen Volkes, auch einer ehemaligen, in außerpolitischen Dingen in den Rücken zu fallen, ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, denn einmal hat er die Bedeutung dieser Schriftstücke geradezu maßlos überschätzt — u. a. hat bereits Hans Delbrück ihre geringe wirkliche Tragweite erörtert — dann ist aber auch die ganze Einstellung und Methode falsch. Selbst in den Zeiten unumschränkter Kabinettherrschaft hat ein Krieg immer einen Komplex von Ursachen gehabt, von denen die wesentlichen eben in der Geschichte, Geographie, Ethnographie und Wirtschaft der kriegsführenden Länder organisch gegeben waren und nicht der ist ein Urteil über Kriegsschuld zu fällen berechtigt, der seinen Blick von den kleinen Zufälligkeiten des Augenblicks nicht loszureißen vermag, sondern nur der, der die großen Fäden geschichtlicher Zusammenhänge zu verfolgen in der Lage ist.